

Saale-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

erscheint an jedem Dienstag nachmittags. Die Bezugs-Erhöhe des Blattes beträgt in Stadt und Land jeweils durch die Post bei freier Zustellung monatlich Mark 2.00, in den Pauschalstellen abgeholt Mark 2.40 monatlich. Die abgabepflichtigen Postgebühren-Zettel kostet im Ortsverkehr Mark 5.00, im auswärtigen Verkehr Mark 5.00. Retikolen die Millimeter-Zettel Mark 15.00 im Ortsverkehr und Mark 25.00 im auswärtigen Verkehr. Fingerring-Schluss: Sehen Sie vormitage. Geschäfts-Erhöhe: Halle a. S., Neue Promenade 14 und Große Deubenstraße 17, Fernsprecher-Bürozentrale: Sammel-Nummern 1140 und 1142. Stadt-Geschäftsstelle: Markt 24. Druck-Fabrik: „Gesellschaft Halle'sche“, Bau-Verwaltung: Danneberg-Reinhold-Str. Halle a. S., Postfach-Nummer: Leipzig Nr. 22515. Erfüllungsort und Druckort: Halle a. S. an der Saale. Bezugs-Einstellungen sind stets nur bis zum 20. eines jeden Monats zum Schluss des laufenden Monats möglich.

Bürgerschaft der deutschen Industrie?

Guter Fortgang der Garantieverhandlungen / Die griechische Südarmee gefangen genommen / Der Preis für das Umlagegetreide Durchbrechung des Achtstundentages in Frankreich.

Die Berliner Verhandlungen.

Berlin, 8. September. (Eig. Drahtmeldung.) Wie die Telegramme bürt, hat heute vormittag in der Reichskanzlei eine Besprechung über die Garantiefrage stattgefunden. Seit 10 Uhr tagt der Ministerrat in vertraulicher Sitzung, in der das Ergebnis der heutigen Besprechung zur Beratung stehen soll. Ein neuer Termin für die Verhandlungen mit der belgischen Delegation ist noch nicht anberaumt worden. Vielmehr dürfte die Terminfestsetzung von dem Ergebnis der internen Besprechungen auf deutscher Seite abhängen. Dabei ist zu bemerken, daß von der belgischen Delegation hinsichtlich des Zeitpunktes zur Fortsetzung der Verhandlungen keine Forderung aufgestellt worden ist, vielmehr hat man in dieser Hinsicht dem Gutdünken der deutschen Regierung völlig freie Hand gelassen. Heber das Ergebnis der bisherigen deutsch-belgischen Besprechungen ist allerdings noch vor zu bemerken, daß die Schlichter, die einer Einigung mit Belgien entgegenstehen, doch weit erheblicher sind, als man vorher annahm.

Berlin, 7. September. Während der Nachmittagsstunden fand im Reichsfinanzministerium eine Sitzung unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Hertel statt, zu der sich hervorragende Vertreter der deutschen Industrie, unter ihnen Hugo Stinnes und Generaldirektor Cuno von der Hamburg-Amerika-Linie, eingefunden hatten. Besprechungsgegenstand war die Frage, ob und unter welchen Bedingungen die Möglichkeit einer Verzinsung der deutschen Industrie bei der Lösung der Garantiefrage bestehe. Die Erörterungen zogen sich über drei Stunden lang hin. Nach Schluß der Sitzung erklärte Minister Hertel dem Reichsfinanzrat über den Verlauf. Vermutlich wird heute eine Kabinettsitzung zu dem neuen Vorschlag, der sich aus den Verhandlungen mit den belgischen Delegierten heraus ergeben hat, Stellung nehmen. Es bedarf kaum der Betonung, daß die Durchführung eines solchen Vorschlags eingehende Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den betreffenden Vertretern der Industrie zur Voraussetzung hätte. Die Regierung sieht auf dem Standpunkt, daß angesichts der Wichtigkeit der bevorstehenden Entscheidungen, die in erster Linie für die deutsche Wirtschaft von größter Bedeutung sein werden, die Unterfertigung von produktiven Erwerbsänderungen unentbehrlich ist, und daß in starken Maße auf praktische Betätigung des Gemeinwohlgefühls geredet werden muß. Welche Lösungsmöglichkeit am Ende zum Beschluß erhoben werden wird, hängt natürlich auch von den weiteren Besprechungen mit den belgischen Delegierten ab, die für heute angelegt sind. Die Delegierten äußerten sich in ihren nachstehenden Kreisen gestern abend sehr zurückhaltend in bezug auf den weiteren Gang der Dinge. Es wird jedoch auch in diesen Kreisen betont, daß angesichts des beiderseitigen entschlossenen Verhandlungswillens eine Einigung, die für beide Teile annehmbar sei, als wahrscheinlich angesehen werden könne.

Belgische Bildfrage.

Berlin, 8. September. (Eig. Drahtmeldung.) Die Belgier haben die zur Erörterung gebrauchte Beteiligung der deutschen Industrie an der Garantierung der deutschen Schwefelwerke gestern abend als Vorschlag telegraphisch nach Brüssel übermittelt und ihre Regierung um Stellungnahme und neue Befehle gebeten.

Frankreich und der Sinesvertrage.

Die Haltung des Wiederaufbauamtes.

Paris, 8. September. (Eig. Drahtmeldung.) Die gestrige Sitzung des beratenden Ausschusses, der im französischen Wiederaufbauministerium 1. über die Erträge des Wiesbadener Abkommens zu entscheiden hatte, und 2. das neue Abkommen Sines-Vertrag zur Kenntnis nahm, hat gestern von 4-6 Uhr gedauert. Senator Dubouché hat selbst die Verhandlung über kein mit Hugo Stinnes abgeschlossenes Abkommen unterbrocht. Der französische Wiederaufbauminister hat alsbald im Namen der Regierung erklärt, daß es sich hier um privates Abkommen handele und die französische Regierung hier in keiner Weise zu intervenieren habe mit Ausnahme der Frage der Kohlenlizenzen. Hier sei zu betonen, daß die Kohlenlizenzen, die der deutschen Industrie vom Reparationskonto zur Verfügung gestellt werden könnten, selbstverständlich davon abhängig seien, daß die von der Reparationskommission bestimmten deutschen Kohlenlieferungen vorher voll ausgeliefert worden und in erster Linie die Bevölkerung Frankreichs abdeckt seien. Im übrigen äußerte der Wiederaufbauminister seine persönliche Bewilligung für das neue Sines-Abkommen. Dieser rein geschäftliche Vertrag zwischen französischen kooperativen Gesellschaften und der deutschen Erzeugungs-

würde sehr begrüßt werden, einmal weil er die gestörten Gebiete dem längst ersehnten Wiederaufbau näher bringe und so bald wie in politischer Hinsicht dessen Ausführung eine Entspannung der deutsch-französischen Beziehungen verspreche.

Der türkische Sieg.

Paris, 8. September. (Eig. Drahtmeldung.) Aus Angora wird heute nachmittags gemeldet, die griechische Armee der Südgruppe sei von semaitischen Truppen in der Gegend von Salihli umzingelt und nach einigen Widerstand gefangen genommen worden. Ferner wird die Befehlsgruppe der Stadt Bal Kessir und von Sandrigli durch die semaitischen Truppen gemeldet. Die türkischen Verbände sollen sich augenblicklich nur noch 40 Kilometer vor Smyrna befinden.

London, 8. September. (Eig. Drahtmeldung.) Nach einer offiziellen Mitteilung hat eine Abteilung von 200 Türlern bei Kanié die englischen Besatzungstruppen von Mesopotamien angegriffen. 3 Soldaten wurden getötet, 3 englische und ein indischer Offizier wurden verletzt. Man begt wegen dieses türkischen Einfalles große Bedenken an, da es zeigt, daß Mesopotamien jetzt nur von 7 indischen Bataillonen besetzt ist. Meldungen, wonach in Mesopotamien als Rückwirkung der semaitischen Siege Unruhen ausgebrochen sind, haben in englischen Regierungskreisen große Beunruhigung erzeugt.

London, 8. September. (Eig. Drahtmeldung.) Die französische Antwort auf den Vorkriegsstandesvertrag der englischen Regierung ist hier eingetroffen. Sie erklärt, daß die französische Regierung die Notwendigkeit eines Vorkriegsstandes anerkenne, sie halte aber eine direkte Intervention der französischen Regierung in Angora nicht für möglich. Die französische Regierung ist indessen bereit, direkte Unterhandlungen mit dem Dertommandierenden der belben Kriegsparteien zu unternehmen.

Abbröckeln des Achtstundentages.

Paris, 8. September. (Eig. Drahtmeldung.) Der Ministerrat beschloß, die Dienstzeit auf den Schiffen der staatlichen Handelsflotte auf 12 Stunden auszudehnen. Dadurch ist das Gesetz der achtstündigen Arbeitszeit in der französischen Handelsflotte abgeschafft worden. Für die Eisenbahn ist ein jährlicher Arbeitszeitzuschlag von 800 Stunden beschlossen worden, wodurch eine Ersparnis von 300 Millionen Franken erzielt werden soll.

Der Belgiermord.

Auffklärung des Zwischenfalls.

Düsseldorf, 8. September. (Eig. Drahtmeldung.) Nach den bisherigen Ermittlungen ergibt sich folgendes Bild über die Vorgänge: In einem Weinstock waren in der Nacht eine Reihe deutscher Gäste und belgischer Soldaten anwesend, darunter der später erschossene Sergeant Stak, der schon um 10 Uhr abends fast angeheuert war. Stak vernagte sich damit, nach zwei Wächern Aufzettel zu werfen (!). Als Stak von seinem Treiben nicht abließ, ging ein Gast zu dem Sergeanten und verbat sich das. Darauf schlug ihn der Belgier mehrmals ins Gesicht. Ein ehemaliger belgischer Oberleutnant, der jetzt in Oberfaß bei Jülich wohnt (Peeters), suchte den Sergeanten zu beruhigen. Bei der Auseinandersetzung, die der früher belgische Oberleutnant mit dem Sergeanten Stak hatte, soll ein anderer Belgier dem Stak einen Gegenstand und entzündeten Revolver zugeführt haben. Schließlich gelang es dem Wert und anderen belgischen Militärs, das Gefäß zu räumen und abzuschließen. Schließlich fielen zwei Gefolge sich hintereinander. Man fand nachher den Kopf, der von dem Soldatenquartier gestohlen hatte, und den Sergeanten Stak tot auf. Der belgische Kopf hatte, auf dem Rücken liegend, die Hände in der Tasche und das Gewehr über der Schulter hängen, der Sergeant, der dicht daneben ebenfalls auf dem Rücken lag, hielt die Hand auf der Brust, die andere mit dem Revolver ausgestreckt. Nachbarn, die auf den Räum hin in die Fenster eilten, sahen nach ihren Aussagen, wie später ein belgischer Offizier dem toten Sergeanten den Revolver vorfüßig aus der Hand nahm. Die belgische Polizei hat bisher die Untersuchung durch die deutschen Kriminalpolizei erlassen.

Kulturschande.

Paris, 8. September. (Eig. Drahtmeldung.) Nach den französischen Zeitungen sind vorläufigen amtlichen Ziffern für den Jahren 1919 und 1920 durch das besondere Kulturministerium für die Fremdenlegion in Weh monatlich bis zu 1200 Deutsche eingestellt worden. Späterhin hat sich die Ziffer verringert. Sie beläuft sich zurzeit auf etwa 150 im Monat. Es gibt gegenwärtig am Rhein drei besondere Bureaus der Fremdenlegion, die dem Zentralbureau in Weh unterstehen.

Heutiger Stand des Dollars 1423!

Die Verzehrstener.

Unter den Vorschlägen zur Bekämpfung der Wirtschaftsnote ist auch der Vorschlag einer Verzehrstener aufgetaucht. Das preussische Innenministerium hat eine solche Steuer als Anregung auf dem Verordnungswege an die Gemeinden weitergegeben. Man wird sich von vornherein bei dieser Anregung darüber klar sein müssen, daß sie das Uebel nicht an der Wurzel packt. Die, besonders in den Großstädten, aus dem Boden schießenden Luxus-Gaststätten, Affenstuben und Diner sind ein Symptom, eine Folgeerscheinung tiefer Ursachen. Die Ursache ist die Not und die durch sie gefeilte Erwerbs- und Genügsamer. Wie sehr oft unterhohle Menschen leuchtende Augen und gerötete Wangen haben, so zeigt unser frantes Volk neben den Stätten des Elends Stätten der geistigen, im Grunde transthaft geistigsten Lebensluft. Freilich fühlen sich die vom Schicksal so verheißend behandelten Menschen nicht als Einheit. Niemand sieht den Volkstörper als Ganzes, sondern der von der Not der Zeit Getroffene blidt auf denjenigen, der gerade diese Not zu seinem eigennütigen Vorteil zu gestalten weiß. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß das Wohlleben auf der einen Seite und die Entbehrung auf der anderen die sozialen Gegensätze in der schroffen Form aufzeigen hat. Die Werteschriften haben von der Regierung das Einwirken gegen die sogenannten Sallenmerkmale gefordert, aber man kann sagen, daß heute noch schlimmer als die Arbeiterkraft weite Kreise des Mittelstandes das Erleben in den Luxusgeschäften als bitteren Lohn a n f i r e N o t empfinden. Es ist darum nur zu verständlich, daß der notleidende Teil unseres Volkes ein nichtstilles Einwirken gegen die Praetorlaten fordert.

Neben den Ausländern, die zweifellos das größte Kontingent der Besucher dieser Lokale stellen, sind es ja leider auch viele einheimische Kreise, die dort ihre Wüdegewinne oder wenigstens einen Teil davon wieder umsetzen. Es läßt sich auch gar nicht leugnen, daß die Städte juchüber leibherzig mit der Gewährung von Konzessionen gewesen sind. Hier hätte man sehr wohl unter dem Gesichtspunkt der so dringlichen Wohnungsfürsorge und anderer sozialer Momente rechtzeitig vorbeugend wirken können. Dazu ist es auch heute noch nicht zu spät. Diejenigen, die sich allerdings mit der Eröffnung eines Lokals eine Ertrags begründet haben, kann man durchaus nicht verteidigen, es sei denn, daß ihre Anhänger sich in größter Form gegen die Weisheit oder die öffentliche Ordnung wehren. Die Vorschläge, die jetzt allenthalben auftauchen, sind vielfach d i f f i k u l t ä t e r. Wenn die kommunikativen Betriebsräte die Schließung aller Vergnügungslökalen fordern, so könnte das nur unter Verletzung wichtiger privater Interessen erfolgen, die durch Verfassung und Gesetz ausdrücklich geschützt sind. Eine polizeiliche oder kriminelle Verfolgung der Lokalinhaber ist nur dann möglich, wenn der Lokalinhaber eine gesetzlich strafbare Verfehlung vorliegt. Es könnte gewiß nichts schaden, wenn hier die Behörden die Augen etwas offener hielten. Die Polizeiwacht steht vielfach auf dem Papier. Und man muß auch ehrlich sein: es sind keineswegs nur die Großstädte, in denen in dieser Beziehung gesündigt wird. Der leichte Verdienst bei den Erzeugern der Lebensmittel, die vielfach sehr erheblichen Schändereimern und überhaupt der leichtere Verdienst haben das Wohlleben auch auf dem Lande in einzelnen Kreisen ganz erheblich vermehrt. Auch in Kleinstädten und Landgemeinden ist allemal man heute bei teuren Getränken und guten Speisen, und auch hier wird die Polizeiwacht oft genug überhand nicht beachtet. Es sind also schon gesetzliche Handhaben da, sie brauchen nur scharf angewendet zu werden. In den Vorschlägen der Gewerkschaften wurde die Minderzahl der Kriegsverordnungen empfinden, nach welcher nur ein fleißiger recht geändert werden darf. Es ist zweifelhaft, ob in dieser Hinsicht heute sehr geändert wird. Man hat den Eindruck, daß vielmehr von den Praetoren erlebte und teure Sachen wie Hummern, Austern, Kaviar usw. gewonnen werden, als gerade sehr viel Fleisch. Da zudem der starke Fleischsolger einfach in mehreren Lokalen speisen kann, so bliebe eine solche Verordnung im wesentlichen auf dem Papier. Ob man das Rückenbad verbot erneuern soll, ist gleichfalls sehr zweifelhaft. Da es Wehl und alle Zutaten zu kaufen gibt, so bliebe hier höchstens die eine Erwägung, daß durch ein erneutes Rückenbadverbot die öffentliche Verpehlung von Ledereien gebindert werden kann. Wenn aber der Praetor zukaufe sich alle schönen Dinge sehr bereiten lassen kann, so ist damit die Wirtschaftsnote in leiser Weise behoben. Bei allen solchen Dingen ist es immer wieder lo, daß die praktische Behandlung einer solchen Frage auch die Schwierigkeit einer betrieblichen Lösung zutage treten läßt. Hingru kommt ja außerdem, daß schließlich doch auch in den Kontibereiten wie auch in den Geschäftlichen überhaupt auf reiche Personen Stellung und Verdienst finden. Es läßt somit im wesentlichen nur die Anregung des preussischen Innenministeriums übrig, den übermäßigen Verzehr mit einer Steuer-

